

überlege, was ich an Predigten gehört habe, dann kommt sehr häufig das Lob *der* Frau vor, die die bescheidene Arbeit der Hausfrau auf sich nimmt. Es ist sicher gut, daß das hochgeschätzt wird. Nur ist dieses Lob sehr oft verbunden mit einer Abwertung *der* Frauen, die nicht in dieses Bild passen. Es ist die Verbindung mit dieser Abwertung, weswegen viele Frauen sich mit ihren Problemen nicht verstanden fühlen. Hinzu kommt, daß die Frau überhaupt in allem, was sie bewegt, vornehmlich nur mit dem Teil, der mit Opfer, mit Aufopferung, mit Hingabe zu tun hat, in Zusammenhang gebracht wird, nicht aber mit den Teilen des Lebens, wo sie aktiv ist und selbst im Vordergrund steht. Dies ist aber weitgehend eine Frage der Präsentation und nichts Grundsätzliches. Ich glaube, daß die Frauen, die wirklich in einer Pfarrgemeinde mittun, häufig andere, positivere Erfahrungen

machen, auch die Erfahrung, daß sie dort oft sehr viel ernster genommen werden als an ihrem Berufsbereich. Aber das Bild nach außen ist ein völlig Traditionelles.

HK: Was müßte sich also ändern?

Kauer: Eine Kirche, in der Frauen sich ernst genommen und gleichwertig erleben sollen, müßte trachten, auch in den Formen der Verkündigung, die die Öffentlichkeit erreichen, der Frau Eigenständigkeit und Verantwortungsbewußtsein zuzutrauen und schwierige Fragen der Lebensführung mit den Frauen beraten und nicht in bevormundender Weise für sie zu lösen. Letztlich muß die Frage des Altardienstes und des Priesteramtes für verschiedene Zeiten und Kulturen verschieden gelöst werden, die *Begründungen* aber dürfen die Gleichwertigkeit von Mann und Frau nicht in Frage stellen.

Bewährungsfeld der Christusbefolgung

Die katholische Kirche in der DDR präzisiert ihren Standort

Zwei Vorgänge resp. Dokumente aus der katholischen Kirche der DDR haben in den letzten Wochen Aufsehen erregt: Ein vom 8. September datierter Brief der Bischöfe in der DDR über die seelsorglichen Probleme, die mit der Existenz der Kirche im sozialistischen Staat zusammenhängen. (Der Wortlaut des Schreibens wurde in der FAZ vom 24. Oktober veröffentlicht.) Und der Vortrag, den Konrad Feiereis, Professor für Philosophie am philosophisch-theologischen Studium Erfurt, auf dem Dialog-Symposium von Katholiken und Marxisten, das vom 8. bis 10. Oktober in Budapest stattfand, hielt (vgl. HK, November 1986, 546f.). Obwohl beide Vorgänge bzw. Dokumente und ihr Bekanntwerden im Westen rein zufällig zeitlich fast zusammenfielen, werfen doch beide ein bezeichnendes Licht auf die Schwierigkeiten, mit denen katholische Christen und Christen überhaupt in der DDR täglich zu kämpfen haben und wie die dortige Kirche versucht, politisch-gesellschaftliche Entwicklungen beobachtend, Veränderungen im Ideologischen registrierend, aber nicht überbewertend, innerhalb der politischen Rahmenbedingungen der DDR ihren Ort zu finden und zu halten, ohne zu Kompromissen bereit zu sein, die das geistliche und theologische Profil der Kirche unkenntlich machen würden. Beide Dokumente sind von daher über den Tag hinaus von besonderem Interesse: Unser Mitarbeiter Ernst-Alfred Jauch faßt den wesentlichen Inhalt des Pastoral Schreibens zusammen und gibt dazu die nötige Hintergrundinformationen. Dem Bericht Jauchs folgt eine in den Eingangspassagen wesentlich gekürzte Fassung des Vortrags von Konrad Feiereis.

Das ausschließlich den Priestern und Diakonen auf dem Kurierweg zugestellte Hirtenwort überraschte die Ostberliner Regierung zu einem Zeitpunkt, da man sich

schon länger mit Überlegungen zur Verbesserung des Verhältnisses zur katholischen Kirche trug. In welcher Richtung sich solche Überlegungen auch immer bewegen mochten – an eine Kehrtwendung auf dem repressiven politischen Kurs gegen die Kirche war wohl weniger gedacht als an einen neuerlichen Versuch, die Christen, insbesondere die Katholiken, in die „politisch-moralische Einheit von Marxisten und Christen“ zwecks ungestörten Erreichens der politischen Ziele einzubinden. Derartige Versuche scheiterten in der Vergangenheit an dem Willen der Bischöfe, an der strikten Distanz von Staat und Kirche festzuhalten und in Konsequenz dieser Haltung die Amtsträger anzuweisen, sich aller politischen Aussagen im engeren Sinn zu enthalten.

Bedrohung durch Säkularismus und weltanschaulichen Materialismus

In ihrem umfangreichen Dokument, das den Seelsorgern „als Grundlage für Gespräche in den Gruppen und Kreisen Ihrer Gemeinde und in anderen kirchlichen Gemeinschaften“ dienen soll, beschreiben die Bischöfe die gegenwärtige Situation der katholischen Kirche in der DDR, ehe sie Folgerungen für das pastorale Wirken der Kirche ziehen. Die Grundgedanken des Textes sind zwar nicht neu, aber er läßt hinsichtlich seiner Präzision und seines Tiefganges alle bisherigen Äußerungen zu diesem Thema – Hirtenbriefe, Ansprachen und Predigten der Bischöfe – hinter sich. Die Handschrift des Erfurter Apostolischen Administrators, Bischof *Joachim Wanke*, ist unverkennbar.

Die Bischöfe gehen von der bereits früher aufgeworfe-

nen Frage aus, ob „es eine Chance gibt, uns als Christen in die Bereiche einzubringen, die durch den Anspruch der sozialistischen Gesellschaft und ihrer prägenden Weltanschauung gekennzeichnet sind“. (Vgl. das Hirtenwort der Berliner Bischofskonferenz zur österlichen Bußzeit 1981: „Richtige Grundentscheidungen für das Leben“: HK, Mai 1981 239–242.) Zwei besondere Schwierigkeiten belasteten die Pastoral in der DDR: Die „Säkularismus-Welle“ und der „Weltanschauliche Materialismus marxistischer Prägung“, heißt es in dem Hirtenbrief. „Die Welt und das Alltagsleben werden als Bereiche einer radikalen Profanität erfahren. In den Herzen der Menschen breitet sich als Grundmentalität der Lebensführung ein praktischer Materialismus aus, der den Gottesglauben erstickt oder unmöglich macht.“ Die seelsorglichen Probleme erwachsen aus dem Anspruch dieser Ideologie, die gesamte gesellschaftliche Wirklichkeit zu durchdringen. Es werde „prinzipiell der Versuch fortgeführt, auf breiter Ebene die säkulare Gesellschaft von einer allumfassenden ideologischen Konzeption her zu strukturieren“. Arbeit und Freizeit, Familie und Schule, Wissenschaft und Kultur, privates und gesellschaftliches Leben würden zu weltanschaulichen „Kampffeldern“. Der Staat sei nicht nur ein „wertneutraler Ordnungsfaktor“, sondern eine „weltanschauliche Größe“. Er verlange Bürger, die sich zu ihm bekennen.

Die Bischöfe unterstreichen, daß die Mehrzahl der von der Seelsorge angesprochenen Menschen keine andere gesellschaftliche Realität als die des sozialistischen Staates erlebt haben. Für gläubige Christen entstünden im gesellschaftlichen Bereich gerade wegen ihrer christlichen Überzeugung handfeste Konflikte, die das Leben in Familie und Beruf belasteten und zu Verbitterung und Resignation führen könnten. In diesem Zusammenhang erinnern die Verfasser des Papiers an die Ausreise-Anträge, ein Problem, das bereits von mehreren evangelischen Synoden als bedrängend angesprochen worden ist. Als „konfliktgeladene Bereiche“ nennen sie besonders die weiterführende Schul- und Hochschulbildung, den Zugang zu bzw. die Tätigkeit in höheren Leitungsfunktionen der Wirtschaft und Verwaltung wie auch den Bereich der Wehrerziehung und des Militärdienstes. Viele behaupteten sich tapfer, andere gingen selbst in Gewissensfragen „bedenkliche Kompromisse“ ein.

Sorge bereiten den Oberhirten vor allem die *Schule* und andere Bildungseinrichtungen, die vom Marxismus-Leninismus und dessen Wertgefüge bestimmt seien. Das gelte auch hinsichtlich der Einschätzung von Religion und Christentum. Klar und eindeutig lehne die SED die Religion als „verkehrtes Denken“ ab. In der weltanschaulichen Auseinandersetzung werde die Kontinuität der marxistisch-leninistischen Religionskritik voll gewahrt. Das Schulgesetz von 1979 verpflichtete die Pädagogen zur „kommunistischen Erziehung“ ihrer Schüler, was theoretisch und praktisch eben auch die Erziehung zum Atheismus intendiere. Hier schließen die Autoren des Hirtenworts freilich eine interessante Bemerkung an: Bei

„einigen marxistischen Philosophen“ machten sich „zaghafte Versuche“ bemerkbar, zu einer „differenzierteren Beurteilung der Religion“ vorzustoßen. Diese Versuche sollten aufmerksam verfolgt werden, selbst wenn sie sich nicht erfahrbar im konkreten Schul- und Bildungsalltag auswirkten.

Unterschiedliche Beurteilungen der innermarxistischen Diskussion

Daß die neuere marxistische Philosophie in der DDR sich offenbar seit einigen Jahren auf dem Weg zu einer Neubewertung der christlichen Religion und der Kirchen befindet, hatte der Erfurter Theologe *Konrad Feiereis* in seinem Budapester Vortrag festgestellt (vgl. ds. Heft, S. 578). Er suchte den Nachweis zu führen, daß man auf marxistischer Seite dabei sei, dem Toleranzbegriff innerhalb der marxistischen Philosophie einen neuen Stellenwert einzuräumen. Es verdiene größte Aufmerksamkeit der Christen, wenn Marxisten in diesem Zusammenhang vermerkten, daß es für die Beurteilung einer Weltanschauung ein entscheidendes Kriterium sei, ob sie dem Wohl der Menschen diene. Ihm diene aber – so Prof. *Wolfgang Kliem* von der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED – offensichtlich eine Kirche, die eine positive Einstellung zu den Wissenschaften und zur Technik habe, zu Fragen der Entwicklung, der Ökologie, des Kolonialismus und Rassismus und die Analphabetentum, Armut, Hunger und Unterernährung bekämpfe.

Auch hinsichtlich des Glaubensverständnisses der Marxisten sieht Feiereis Ansätze zu einer neuen Entwicklung. Er verwies in diesem Zusammenhang auf einen 1982 in der Ostberliner „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ erschienenen Beitrag, in dem die Frage gestellt wurde, ob „Glauben tatsächlich eine überholte und untaugliche Kategorie für die marxistische Philosophie sei und mit Irrationalismus gleichgesetzt werden dürfe ...“ Die Marxisten sind nach Ansicht des Theologen dabei, Glauben als wissenschaftliche Kategorie anzuerkennen.

Die Berliner Bischofskonferenz scheint die Diskussion in philosophischen Höhen *weniger euphorisch* zu bewerten, sonst hätte sie diesem Thema gewiß einen breiteren Raum in ihrem Hirtenwort zugebilligt. Man hatte sogar den Eindruck, als seien die Äußerungen des Erfurter Philosophen, der sich seit längerer Zeit mit dem Marxismus beschäftigt, aus der Sicht einiger Bischöfe nicht eben zu einem besonders glücklichen Zeitpunkt publik geworden. Dabei mag auch eine Fehleinschätzung der Wirkungsverstärkung durch die Medien eine Rolle gespielt haben. Für den durchschnittlichen Katholiken in der DDR muß es verwirrend gewesen sein, von den Bischöfen ein äußerst kritisches Bild der Lage der Kirche in der DDR gezeichnet zu bekommen, während fast gleichzeitig ein Professor für christliche Philosophie ein ungleich hoffnungsvolleres Zukunftsgemälde entwirft.

In einer gewissen Spannung zu den ideologischen Ziel-

setzungen der SED stehe heute das Bemühen, so heißt es weiter in dem Hirtenschreiben, im gesellschaftlichen Bereich die weltanschauliche Auseinandersetzung zugunsten einer politisch-moralischen Einheit von Marxisten und Christen zurückzustellen. Es werde versucht, die Kirchen und einzelne Christen in „den Aufbau und die Stärkung der sozialistischen Gesellschaft“, in den von Partei und Staat geführten „Kampf um den Frieden“ und „die Sicherung sozialen Fortschritts“ einzubeziehen. „Für uns Christen ist es problematisch, daß der Maßstab für die neue Gesellschaft und den neuen Menschen aus dem philosophischen Materialismus marxistischer Prägung genommen wird.“ Christliche und allgemein menschliche Werte würden von diesem Maßstab her neu definiert, heißt es in dem Dokument. Die Schwierigkeiten begannen dort, wo weltanschaulich bedingte Forderungen von den Christen nicht mitgetragen werden könnten, wie z. B. die Erziehung der Kinder zum Haß gegen den „Klassenfeind“.

Deutliche Absage an die DDR-CDU

Die gegenwärtige Kirchenpolitik der Partei- und Staatsführung spiegelt nach Ansicht der Oberhirten die Spannung zwischen weltanschaulicher Bewertung der Religion und politischer Behandlung der Kirchen wider. Die Kirchen sollen sich danach – trotz der ihnen zugestandenen Eigenständigkeit und Selbstverwaltung im kirchlichen Bereich – dem gesellschaftlich angestrebten Gesamtziel einordnen und von daher ihre Existenzberechtigung empfangen. Von echter Partnerschaft zwischen Staat und Kirche könne nicht gesprochen werden. Im Augenblick sei die Schlüsselfrage für die gesellschaftliche Stellung von katholischen und evangelischen Christen nicht die Frage nach der Weltanschauung, sondern die nach der Bereitschaft, den Staat und die sozialistische Gesellschaft unter Führung der SED aufzubauen und zu verteidigen. Das erkläre auch die verstärkten Anstrengungen der CDU der DDR, aktive christliche Laien und möglichst auch Priester für die politische Mitarbeit zu gewinnen.

Die Bischöfe kommen hier auch auf die *Jugendweihe* zu sprechen. Sie stelle ein Moment des umfassenden Bemühens dar, in der nachwachsenden Generation eine „atheistische Lebenskultur“ heranzubilden. „Darum lehnen wir auch weiterhin die Jugendweihe ab“, heißt es wörtlich in dem Text. Im Augenblick erlebe man freilich, daß sie als „bloßes“ Gelöbnis zum sozialistischen Staat interpretiert und die weltanschauliche Dimension heruntergespielt werde. Das verstärke die falsche Meinung, die Jugendweihe sei ein wertfreies staatsbürgerliches Ritual ohne jede Bedeutung für den Glauben. Das Hirtenwort spricht hier von „Vernebelung“, die zusätzlich Verwirrung unter den Gläubigen stifte. Insgesamt werde sich die Kirche darauf einzustellen haben, daß trotz einer gewissen differenzierten Behandlung der Kirchen, ihrer Amtsträger und einzelner Christen administrative Maßnahmen,

die den Wirkungsraum der Kirche einengen, nie ganz auszuschließen seien. Dazu gebe die Verfassung dem Staat auch den entsprechenden Spielraum.

Die Kirche müsse auf die skizzierte Situation „in pastoraler Weise“ reagieren, was freilich eine „politische Dimension“ einschließe. Ein derartiger Satz wäre in früheren Hirtenschreiben der Bischöfe in der DDR kaum denkbar gewesen. Er spiegelt *neue Einsichten in die Rolle der Kirche in diesem Land*. Sie habe eine eigene Identität, die sie von Christus ableite. Von keiner außergöttlichen Macht dürfe sie sich ihre Daseinsberechtigung oder ihre Aufgaben zuteilen lassen, so wird unterstrichen und hinzugefügt: „... auch nicht vom Staat oder einer staatstragenden Partei“. Die Trennung von Staat und Kirche halten die Autoren für einen „kaum zu überschätzenden Wert“. Es müsse auch jeder Eindruck vermieden werden, daß die Kirche im Dienst des Staates oder einer Partei stehe. Ohne ein bestimmtes Land zu nennen, erklären die Bischöfe: „Wir wissen, wie solche ‚In-Dienst-Nahme‘ kirchlicher Autorität für fremde Interessen aussehen kann“. Die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der Kirche könnten dabei schwersten Schaden nehmen. In diesem Zusammenhang unterstreichen die Verfasser des Hirtenwortes die besondere Bedeutung der Verklammerung der Kirche in der DDR mit der Weltkirche und dem Papst. Es diene der Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche, wenn sich die kirchlichen Amtsträger jeder politischen Betätigung im engeren Sinn enthielten. Hier wird angespielt auf den sogenannten Döpfner-Erlaß von 1957, der unter allen Vorsitzenden der BBK Gültigkeit behielt.

Der DDR-CDU, die vor allem auf Priester und einen Teil der katholischen Laien ständig Druck in Richtung auf eine politische Betätigung ausübt, wird konsequent eine Abfuhr erteilt. Wörtlich heißt es: „Der von der CDU und den ihr nahestehenden Gruppen“ (es dürften besonders die ‚Berliner Konferenz europäischer Katholiken‘ (BK) und die Herausgeber, Redakteure und Sympathisanten der Monatsschrift ‚begegnung‘ gemeint sein) „verfolgten Tendenz, Priester, Diakone, Sprecher von kirchlichen Gremien, Leiter karitativer Einrichtungen und andere in partei- und gesellschaftspolitische Arbeit hineinzuziehen, muß mit aller Entschiedenheit widerstanden werden.“ Das hindere nicht, daß die Kirche und ihre Vertreter sich um ein konkretes, sachliches Verhältnis zur staatlichen Autorität bemühten.

Bekenntnis zu Römer 13

Mit nicht geringer Verwunderung nimmt der Leser des Hirtenwortes die folgende Passage zur Kenntnis: „... Wir dürfen uns ins Bewußtsein rufen, daß die ‚sozialistische‘ Gesellschaftsordnung ebenso unter Gottes Herrschaft steht wie die ‚kapitalistische‘ oder sonst irgendeine andere Ordnung der Welt“. Hier wird zum ersten Mal die Quintessenz aus Römer 13 („Jeder leiste den Trägern der staatlichen Gewalt den schuldigen Gehorsam. Denn es

gibt keine staatliche Gewalt, die nicht von Gott stammt“.) in einem offiziellen Dokument der katholischen Kirche in der DDR auf den Staat angewendet. Vor mehr als 30 Jahren hatte die protestantische Kirche in beiden deutschen Staaten mit großer Leidenschaft darüber diskutiert, ob Römer 13 lediglich auf einen Rechtsstaat im demokratischen Sinn oder auch auf totalitäre Staaten wie die DDR angewandt werden könne. Den Höhepunkt jener Diskussion, an dem man sich katholischerseits nicht beteiligt, bildete die berühmte Schrift „Obrigkeit?“ des damaligen Bischofs der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und Ratsvorsitzenden der EKD, *Otto Dibelius*. Fand die evangelische Kirche inzwischen die Formel von der „Kirche im Sozialismus“, so lehnte es die katholische stets ab, ihre Rolle gegenüber dem Staat näher zu definieren.

Die Pastoral, so heißt es jetzt, verfolge das Ziel, die Gläubigen zu einem „unverkrampten Wahrnehmen der Wirklichkeit“ zu führen, und diese sei durchaus offen für den Einfluß des Geistes Christi. Der Christ und sein ganzheitliches Glaubenszeugnis seien in dieser Gesellschaft durchaus gefragt. Im einzelnen zeigen die Bischöfe sodann Möglichkeiten und Grenzen eines gesellschaftlichen Engagements sowohl für die Kirche als Institution als auch des einzelnen Christen auf. Vor allem müsse die Kirche Kirche bleiben und dürfe nicht zum „verlängerten Arm staatlicher und gesellschaftlicher Interessen“ werden. Es müsse deutlich werden, daß die Kirche an den Nöten und Sorgen der Menschen mitträgt.

In diesem Zusammenhang kündigen die Bischöfe ihre Bereitschaft an, mit dem Staat *über gemeinsam interessierende Fragen zu reden*. Derartige Angebote hat es in der Vergangenheit nicht gegeben. Erstmals scheint sich die Kirche entschlossen zu haben, die administrative Ebene, auf der Kirche und Staat bisher miteinander meist unter Ausschluß der Öffentlichkeit und auf staatliches Drängen verhandelten, zu verlassen und die SED demonstrativ zu Verhandlungen aufzufordern. Als Gegenstände solcher Gespräche nennen sie „beispielsweise“ die Frage der Stabilisierung der Ehen und Familien, der Solidarität zwischen den Generationen oder der Bewertung des ungeborenen Lebens bis hin zur Frage der Darstellung von Kirche und christlicher Religion in Schul- und Lehrbüchern.

Der Christ dürfe sich dort zur Zusammenarbeit mit andersdenkenden Menschen aufgerufen wissen, wo es um das Wohl des einzelnen Menschen, einer Gemeinschaft oder um das allgemeine Wohl der Gesellschaft gehe und wo „er gleichzeitig (!) ungeschmälert und offen sein Leben und Wirken unter Gottes Anspruch stellen darf“. Eine Mitarbeit jedoch in Gremien und Institutionen, deren marxistisch-weltanschaulicher Charakter wiederholt und betont herausgestellt werde, könne es für ihn nicht geben. „Das gilt insbesondere für die Mitgliedschaft in der SED“, so wird unterstrichen. Offenbar wächst die Zahl jener Katholiken, die eine gleichzeitige Mitglied-

schaft in Kirche und Einheitspartei für unproblematisch halten.

Das Hirtenwort wendet sich auch gegen jegliches „Mitmachen“ aus dem Bestreben, seinen christlichen Glauben zu verbergen oder sich dem klaren Einstehen für eigene Überzeugungen zu entziehen. Die Bischöfe rufen ihren Hirtenbrief zum Thema „Christliche Erziehung“ aus dem Jahre 1974 ins Gedächtnis, in dem sie Grenzen für die Teilnahme der Gläubigen an bestimmten Aktivitäten aufgestellt hatten. Unter den Bereichen, in denen Christen sich jedenfalls betätigen sollten, werden Nachbarschaftshilfe, Sorge um Kranke und Behinderte, Einsatz für ein gutes Klima im Betrieb oder Kollektiv, Solidarität mit Gestrauchelten oder Hilflosen, Mitarbeit von Eltern für Schulklasse oder Kindergartengruppe, schließlich kulturelle oder sportliche Betätigung genannt. Das seien Felder, wo Christen sich bewähren könnten und sich auch nicht verdrängen lassen dürften.

„Christen wollen hier leben, arbeiten und wirken“

Von größter Bedeutung seien klare Entscheidungen, fahren die Bischöfe in ihrem Brief fort. Sie erleichterten den späteren Lebensweg. Eine redliche und offene Entscheidung werde auch von der nichtgläubigen Umwelt respektiert, „vielleicht sogar insgeheim erwartet“. Es sei Aufgabe aller katholischen Christen, die Bedeutung ihres Glaubens und des Evangeliums im Einsatz für eine gerechte, menschenwürdige und friedliche Welt zu erkennen und in die Tat umzusetzen. Als Bewährungsfelder werden Arbeitsmoral, Freizeitverhalten, Verantwortung gegenüber gemeinschaftlichem Eigentum genannt, Verhaltensweisen also, bei denen die Kirche zweifellos den Beifall der Partei finden wird. Daneben ist vom Schutz des ungeborenen Lebens, von Kinderfreundlichkeit, Konfliktbewältigung in der Ehe oder am Arbeitsplatz, Erziehung zur Friedensliebe die Rede. „Christen, deren Glauben das ganze Leben durchformt, werden wie ein positives Ferment in jeder Gesellschaft wirken, auch in der unsrigen,“ heißt es wörtlich.

Den Christen sollte „innere Gelassenheit“, ja „Heiterkeit“ auszeichnen. Denn sein Glaube lasse ihn nicht so schnell verbittern oder in Resignation verfallen. Vielmehr verbreite er ein „Klima der Friedfertigkeit, der Menschlichkeit und Wahrhaftigkeit“. Das sei „christlicher Weltendienst“, der von jedem geleistet werden könne. „Vielleicht lebt unsere Gesellschaft mehr von diesem unauffälligen Einsatz der Christen als wir meinen“, vermuten die Bischöfe. Es gelte, den Gläubigen nicht nur die Gefahren, sondern auch die Chancen zu zeigen, die sich ihnen inmitten des atheistischen Milieus für die Nachfolge Christi eröffneten.

Als Bischöfe hätten sie die Aufgabe, sich auch schützend vor einzelne zu stellen, die aus Gewissensgründen bzw. ihrer religiösen Überzeugung wegen in Bedrängnis gerieten. Sie fühlten sich verpflichtet, die staatlichen Autoritä-

ten immer wieder daran zu erinnern, daß „die Christen hier leben, arbeiten und wirken wollen“. Aber sie wollten sich nicht einem Weltanschauungsdiktat unterwerfen, das „sie unter der Flagge des Sozialismus für den Aufbau einer religionsfreien, atheistischen Gesellschaft vereinbart“. Wörtlich wird festgestellt: „Als Christen erwarten wir nicht, daß die Grundpfeiler des Hauses Staat, in dem wir wohnen, aus christlichem Zement gegossen sind. Aber wir erwarten, daß wir zusammen mit allen andern Bürgern in diesem Haus gleichberechtigt und geachtet leben können.“

Die Bischöfe lassen diese Passage in einer Mahnung an die Partei- und Staatsführung einmünden: Ein auf das Wohl aller seiner Bürger bedachtes Staatswesen könne es auf die Dauer nicht verantworten, so meinen sie, „eine starke Gruppe der Bevölkerung allein wegen ihrer religiösen Grundentscheidung von qualifizierter Verantwortung und eigenständigem Einsatz für das Gemeinwohl abzuhalten“.

Sie ermahnen schließlich die Katholiken, sich der Bedeutung der Gemeinsamkeit aller Christen bewußt zu sein. Evangelische und katholische Christen stünden weltanschaulich in der gleichen Bewährungsprobe. „Da uns im Bekenntnis des Glaubens an den Herrn ... mehr verbindet als trennt, muß die Ökumene zwischen den Kirchen angesichts einer atheistischen Ideologie und des faktisch gelebten Materialismus gekennzeichnet sein vom Geist der gegenseitigen Liebe und Hinwendung zu diesem Herrn“, heißt es in dem Text.

Kirchenpolitische Wende?

Die Medien der DDR haben das Kirchenpapier, wie gehabt, totgeschwiegen. Lediglich in einem Bericht der „Neuen Zeit“, Zentralorgan der DDR-CDU, über eine Veranstaltung der „Nationalen Front“ mit Christen beider Konfessionen am 6. November in Leipzig erklärte der Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen, *Hermann Kalb*, das Bischofsschreiben habe „in die Auseinandersetzungen unserer Zeit durchaus berechtigt das Ideal der Bergpredigt ins Gespräch gebracht“. Der Weg zu diesem Ziel führe „über nüchterne Realpolitik“. Es ist im Augenblick schwer zu sagen, ob diese Stellungnahme eine letztlich positiv gemeinte Bewertung des Hirtenworts durch Staat und SED anzeigt.

In kirchlichen Kreisen wird es als *kirchenpolitische Wende* von der jahrzehntelangen Abstinenz zum Dialog mit den Trägern der Macht in Ost-Berlin bewertet, eine Wende, die für die Mehrheit der Katholiken in der DDR allerdings unerwartet gekommen sein dürfte. Ohne Zweifel enthält das Hirtenwort nicht nur ein dezidiertes Gesprächsangebot, sondern auch die prinzipielle Bereitschaft der Katholiken zu Mitarbeit in Staat und Gesellschaft, die freilich von unabweisbaren Voraussetzungen abhängig gemacht wird. Die apologetische Einstellung in den grundsätzlichen kirchlichen Aussagen scheint, obwohl auf die protestantische Definition „Kirche im Sozialismus“ verzichtet wird, der Vergangenheit anzugehören.

Ernst-Alfred Jauch

Das Zusammenleben von Christen und Marxisten in der DDR

Ein Vortrag von Professor Konrad Feiereis in Budapest

Die Behandlung dieses Themas erfolgt unter zwei Voraussetzungen, die im Folgenden zu beachten sind: Ich lebe als katholischer Christ in einem sozialistischen Staat. Aspekte und Folgerungen aus meinem Beitrag sind nicht ohne weiteres auf Länder mit einer anderen Gesellschaftsstruktur zu übertragen. Ich lebe in der Deutschen Demokratischen Republik. Ich maße mir nicht an, das Zusammenleben und -wirken zwischen Christen und Marxisten in anderen sozialistischen Ländern zu beurteilen.

Meine Darstellung ist auf einige Aspekte begrenzt, die der Reflexion beider Seiten dienen und dem weiteren Dialog nützlich sein können: eine erschöpfende umfassende Behandlung des gestellten Themas ist nicht beabsichtigt. Jeder der anwesenden Referenten weiß sich verantwortlich vor seinem Gewissen, objektiv und wahrhaftig zu sein. Gegensätze besonders philosophischer,

weltanschaulicher Art dürfen in einem solchen Kolloquium nicht verschwiegen werden. Wir sind aber auch verantwortlich für die Menschen, die große Hoffnung auf eine Verbesserung der Beziehungen von Christen und Marxisten setzen. Zur Erreichung dieses Zieles ist es notwendig, den Gesprächspartner zu verstehen und so zu interpretieren, daß dieser sich in der jeweiligen Darstellung wiedererkennen kann ...

Marxistisch-leninistische Grundauffassungen

Die Negierung ideologischer Koexistenz

Bis in die jüngste Vergangenheit interpretierte der Marxismus-Leninismus politische wie geistige Kämpfe als